Schriftliche Anfrage betreffend die Einflussnahme bezüglich Menschenrechte bei Städtepartnerschaften und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

25.5266.01

Die Art Basel eröffnet einen neuen Ableger – die Art Basel Qatar. Sie wird erstmals im Februar 2026 in Doha stattfinden. Diese Meldung der Muttergesellschaft MCH Group, an welcher der Kanton Basel-Stadt eine substantielle Beteiligung hält, sorgt derzeit für eine Kontroverse. Dem Chefredaktor der «bz – Zeitung für die Region Basel» wird es «speiübel beim Gedanken an diese neue Messe im Wüstensand». Der Ressortleiter «Region» der Basler Zeitung nennt den neusten Zug der MCH-Group «Eine Heuchelei sondergleichen».

Warum? Um die Menschenrechte in Katar steht es schlecht. Das Familien- und Eherecht folgt der Scharia, Homosexualität ist verboten, Hunderttausenden Arbeitsmigranten leben und arbeiten teils unter sklavenähnlichen Bedingungen. Gemeinsame Werte mit dem Kanton Basel-Stadt sind nicht erkennbar.

Die Diskussion erinnert an die Grundsatzdebatte, die durch die «Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Kündigung der Städtepartnerschaft mit Shanghai (20.5483)» im Grossen Rat ausgelöst wurde. Diese Verbindung sollte gekündigt werden, ebenfalls aufgrund gravierender Menschenrechtsverletzungen, hier in China.

Die Motion fand keine Mehrheit, allerdings wurde parteiübergreifend verlangt, dass der Regierungsrat eine kritischere Position gegenüber China einbringe. Der damalige Regierungspräsident Beat Jans kündigte an, dass man das Thema Menschenrechte bei der Erneuerung der Partnerschaft deutlich stärker betonen wolle.

Vor diesem Hintergrund bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat folgend Fragen zu beantworten:

1. Welche Position vertritt der Regierungsrat bezüglich der Expansionspläne der Art Basel in Katar? Hat er diese im Verwaltungsrat der MCH-Group befürwortet? Falls ja, wie begründet er diese Position?
2. Mit welchen Staaten, die basierend auf Verlautbarungen von Amnesty International Menschenrechtsverletzungen begehen, steht der Kanton Basel-Stadt in einer partnerschaftlichen oder geschäftlichen Beziehung?
3. Wie thematisiert der Regierungsrat die Menschenrechte in diesen Beziehungen? Mahnt er zur Pflicht, Menschenrechte einzuhalten? Wie oft findet das statt? Wann fand das zum letzten Mal statt?
4. Wie beabsichtigt der Regierungsrat im Rahmen der Art Basel Qatar die Menschenrechtsverletzungen in Katar zu thematisieren? Wird er beispielsweise bei der Eröffnung auf die unhaltbare Situation aufmerksam machen?
5. Wie beabsichtigt der Regierungsrat im Rahmen der Art Basel Qatar auf die Kunstfreiheit aufmerksam zu machen? Wird er beispielsweise bei der Eröffnung auf die Bedeutung der Kunst- und Meinungsäusserungsfreiheit aufmerksam machen?
6. Plant der Regierungsrat, menschenrechtliche Leitlinien oder Standards für die Eingehung oder Erneuerung von Städtepartnerschaften, strategischen Kooperationen oder internationalen Engagements des Kantons zu definieren? Wenn nein: Weshalb nicht? Wenn ja: Wie sehen diese aus und wann sollen sie vorliegen?
7. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass solche Partnerschaften oder Kooperationen – insbesondere wenn sie durch öffentliche Mittel gestützt oder begleitet werden - demokratisch legitimiert, öffentlich nachvollziehbar und ethisch vertretbar sind?

Johannes Sieber